

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241.
Für die Redaktionsgebühren: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei jeder einmaligen Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Postbezugspreis für Monat (Januar) 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangliche 30 mm breite
Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., bis 90 mm breite Zeilenzeile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg. Viertelzeile 10 Pfg. Ausw. Beiträge gegen Voranbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wapich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingstr. 13
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gas-
Herde — Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile.

F. Hermann Beeg A.-G. Dresden-A.
Bade-, Wasch-
und
Klosett-Anlagen
Reichhaltiges Musterlager! Reichhaltiges Musterlager!

Stadt Gotha
Schloßstraße 11
Vornehmes Familien-Restaurant
bietet bei mäßigen Preisen beste Verpflegung in behaglichen geliebten Räumen
Freilichkeiten aller Art können bis 50 Personen abgehalten werden

Die Antwortnote der Alliierten.

Dr. Luther drückt die deutsche Enttäuschung über den wieder nur vorläufigen Charakter der Note aus. Deutschnationale Fühlungnahme mit dem Zentrum in Preußen. — Französische Kammerfajeleien über die deutschen Rüstungen.

Die Ueberreichung durch die Ententebotschafter

Berlin, 26. Jan. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans, der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben heute mittag 12½ Uhr im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichskanzler eine neue Kollektion über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Uebergabe der Note, daß sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. d. M. darstelle. Er fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigen, eine weitere dritte Note ausführlicheren Inhalts sobald wie möglich der deutschen Regierung zuzukommen zu lassen.

Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlußfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde.

Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angeforderte Material erhalten werde, mit dem die Räumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte.

Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung das Material sobald wie möglich zukommen lassen wollten, könne aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Zustand ein Ende nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

Der Wortlaut der Note

ist folgender:

Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, mit der die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrags über die Besetzung des als östliche Zone bezeichneten Teils der von alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog. Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten, oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung in ihrer Kollektion vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die festlegt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit keine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrags von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie indes die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrags von Versailles zu verkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgelegt und haben eine Abklärung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrags von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bedingungen dieses Vertrags nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen in den Stand zu setzen, in dem Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehenen Milderungen eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen.

Wie unsere Berliner Schriftleitung hierzu erfährt, ist sich die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung über die Antwort schicklich geworden, die den alliierten Vertretern Dienstag vormittag ausgestellt und alsdann veröffentlicht werden wird.

Die Pariser Presse über einen deutsch-französischen Garantiepakt.

Die „Ere Nouvelle“ für, die übrige Presse gegen den Plan Paris, 26. Januar. „Ere Nouvelle“ schreibt zur Frage eines deutsch-französischen Garantiepaktes, sie wünsche, daß ein neuer Vorschlag annehmbarer wäre als der vom Reichskanzler Gans im Jahre 1922 gemachte, von Poincaré abgelehnte Vorschlag, und fährt fort: Im Jahre 1922 hatte auf der Konferenz von Cannes Briand einen Pakt zu dreien zwischen Frankreich, England und Deutschland vorgeschlagen. Es scheint, daß dieser Plan nicht wertlos war. Er hatte den großen Vorteil, eine Verletzung der Eigenliebe Englands zu

verhindern, die sicherlich dann eintreten würde, wenn der Versuch einer unmittelbaren Verhandlung zwischen Frankreich und Deutschland gemacht würde. Fallerand hatte Schiffbruch erlitten beim Veruche, das Schicksal Frankreichs, Englands und Frankreichs miteinander zu verbinden. Versuchen wir aber jetzt doch, auf alle Fälle zwischen London, Paris und Berlin ein europäisches Triumvirat zu gründen, das zuerst die Ordnung auf dem Festlande vorherzuziehen würde, um schließlich einen mit Ehre und Gediegen verbundenen dauerhaften Frieden sicherstellen zu können.

Die Frage eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes wird im übrigen in der Presse lebhaft, jedoch zunächst in absehendem Sinne, besprochen. So schreibt „Journal des Debats“, da Frankreichs Sicherheit lediglich von der Achtung der Verträge und namentlich vom Versailler Vertrag abhängt, so habe ein französisch-deutscher Sicherheitspakt keinen Sinn. Frankreich fordere von Deutschland keine neuen Verpflichtungen, lege aber auch nicht ein, welche Verpflichtungen es Deutschland gegenüber übernehmen könnte, da das Deutsche Reich von keinem seiner Nachbarn bedroht sei. Belgien, Polen und die Tschechoslowakei hätten nicht daran, Deutschland anzugreifen, sondern begien lediglich den Wunsch, nicht von Deutschland angegriffen zu werden. (1)

Der „Temp“ schreibt: Den besten Teil des Pfandes für das, was Deutschland uns an Reparationen schuldet, haben wir bereits angegeben. Jetzt sollen wir auch noch die Sicherheiten preisgeben, die wir nach dem Versailler Vertrag noch in Händen haben und deren Wirksamkeit nur von unserer eigenen Kraft abhängt, und zwar im Austausch für ein Abkommen, unter das Deutschland lediglich seine Unterschrift setzen würde und das seinen anderen Wert besitzt, als den, den man nach der Erfahrung von 1914 einem solchen Abkommen zuschreiben könnte. (2, 3, 4.)

Teildeutschland oder Großdeutschland?

Vielleicht in jener schmachtvollen Art Frankreichs, durch den die deutsche Nationalversammlung zu Weimar gezwungen wurde, den Artikel über den Anschluß Österreichs aus der Verfassung wieder auszuschneiden für unsere Entwicklung leuchtend gewesen. Die aristokratische Idee, der Zusammenschluß aller deutschsprechenden Stammesverwandten des mitteleuropäischen Siedlungsgebietes, war für jene verworrenen Zeiten nationalen Niederganges etwas viel zu Rohbares, als daß man ihr mit leichtfertigen Händen und parteipolitischen Hintergedanken hätte entgegenzutreten dürfen. Dazu kam, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der beiden Hauptstaaten Deutschland und Österreich vor dem Ausbruch hingen; ein überstürztes Zusammenwachsen zweier uneinheitlich organisierter ausgedehnter Wirtschaftskreise, die politisch revolutioniert und völlig noch ohne feste Abgrenzung waren, hätte selbst im Einverständnis mit der Entente ein lebensunfähiges Gebilde erzeuhen. Während die Möglichkeit bestand, daß jedes Volk für sich allein die schwerste Krise seiner Geschichte überwand, wäre in den schweren innerdeutschen Konflikten der letzten Jahre, wie man heute mit absoluter Sicherheit annehmen kann, durch den Anschluß Österreichs der Zerfall des Reichs in eine Nord- und eine Südhälfte nicht zu verhindern gewesen.

Obgleich war es für jeden Deutschen bitter, zu sehen, wie sich der einzige Gedanke von weltgeschichtlichem Ausmaße, den die Novemberrevolution einmal lauch aufklammert hat, unter dem brutalen Druck des Feindbundes verflüchtete und wie auf beiden Seiten die hoffnungslose Begeisterung sorgsam gedämpft werden mußte. Es ist nicht so, wie man vielfach jenseits der schwarzen Grenzfläche verblüht klagt, daß Deutschland alsbald im Drange seiner fürchtbaren wirtschaftlichen und nationalen Räte allzu schnell vergessen hätte, was man sich in den Stunden begeisterter Verbrüderung geschworen; daß der Anschlußgedanke in Österreich lebendiger blieb als bei uns, liegt in der Natur der Sache, denn für diesen „Levi ohne Rumpf“, wie selbst der Außenpolitiker des „Journal“ die Donaurepublik charakterisieren mußte, ist der Anschluß eben nicht nur die Verwirklichung eines nationalen Ideals, sondern das vornehmste Gebot wirtschaftlicher Notwendigkeit. Immer aber hat die Sehnsucht nach Vereinigung in den Herzen der besten Deutschen geatmet, immer alah sie noch und wenn kühle Vernunft als Hüterin darüber wacht, daß sie erst im fruchtbarsten Augenblick mit verachrender Kraft auflockert, so wird das für die dauernde Gestaltung der geeinigten aristokratischen Idee nur heilsam sein.

Oesterreich hat denn zunächst seine Befehle in die elague Sand nehmen müssen, hat eine bemerkenswerte Generale entwickelt, hat unter schweren Opfern an souveränen Rechten



Schloß Oels dem deutschen Kronprinzen zugesprochen
In der Frage des preussischen Status gegen den früheren Kronprinzen wurde die Berufung des Status abgelesen, da die Vorgesichte der Urkunde über die Verleihung ergab, daß König Wilhelm I. das Kronschloß seinem Sohn als solchen für seine Verdienste als Seeführer und nicht in seiner Würde als Kronprinzen zugewandt habe.



Der neue Befehlshaber der leichten Seestreitkräfte der Nordsee.

Kapitän zur See Wieting, Kommodore und Befehlshaber der leichten Streitkräfte der Nordsee, vorher Kommandant des Linienschiffes „Braunschweig“, ist durch seine Beförderung von 43 Schiffen aus teilweise schwerer Eisfahrt im vorigen Winter bekannt geworden.